

GRUNDSATZERKLÄRUNG DES WUPPERTALER BÜNDNISSES GEGEN ANTISEMITISMUS

Präambel

Antisemitismus ist in Deutschland und auch in Wuppertal eine reale Bedrohung. Jüdinnen und Juden werden bis heute mit Vorurteilen, Feindseligkeiten und Gewalt konfrontiert. Nicht selten werden sie beschimpft, verunglimpft und bedroht. Diese Realität ist allerdings mit den Grundwerten einer demokratischen, offenen und menschenfreundlichen Stadtgesellschaft unvereinbar.

Das Wuppertaler Bündnis stellt sich dieser Verantwortung. Wir treten Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen entschieden entgegen, stärken den Schutz jüdischen Lebens und fördern eine Stadt, in der alle Menschen frei und sicher leben können.

Antisemitismus ist ein eigenständiges Phänomen, das als solches benannt und bekämpft werden muss. Es ist nicht nur in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder Milieus verankert, sondern kommt in sämtlichen Gesellschaftsbereichen vor. Zugleich erkennen wir seine Verflechtung mit anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wer Antisemitismus bekämpft, stärkt damit die Demokratie insgesamt und den Schutz aller Menschen in unserer Stadt.

Grundsätze

1. Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition

Das Bündnis verwendet die vom Deutschen Bundestag am 18. Januar 2018 beschlossene Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) als Arbeitsgrundlage¹. Sie beschreibt Antisemitismus als eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich in Hass äußern kann – gegen Einzelpersonen, Gemeinschaften, Institutionen, Eigentum und auch gegen den Staat Israel, soweit er als jüdisches Kollektiv angegriffen wird.

Wir sehen diese Definition als wichtigen Orientierungsrahmen für Prävention, Bildung und Maßnahmen in Wuppertal. Sie umfasst alle aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus als Praxis der Gewalt in Wort und Tat – ganz gleich, ob dieser traditionell-religiös, rassistisch, schuldabwehrend, islamistisch, antiimperialistisch oder auf Israel bezogen begründet ist.

1 Siehe hierzu Drucksache 19/444 unter <https://dsserver.bundestag.de/btd/19/004/1900444.pdf> (Zugriff am 25.9.2025)

2. Schutz und Solidarität

Die Erfahrungen von Menschen, die von Antisemitismus betroffen sind, stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Ihre Stimmen werden gehört, ernst genommen und in die Gestaltung von Maßnahmen einbezogen. Das Bündnis tritt solidarisch an die Seite der von Antisemitismus betroffenen Menschen. Es setzt sich für ihren Schutz, ihre Sicherheit und ihre gleichberechtigte Teilhabe in Wuppertal ein.

3. Ablehnung antisemitischer Akteure

Das Bündnis distanziert sich von Organisationen oder Personen, die den Holocaust leugnen oder relativieren, die Existenz Israels als Staat in Frage stellen, die zu antijüdischen oder antiisraelischen Boykotten aufrufen und die antisemitische Propaganda verbreiten. Diese stehen im Widerspruch zu den Grundsätzen des Bündnisses. Das Bündnis schließt eine Zusammenarbeit mit solchen Organisationen oder Personen aus.

4. Verantwortung aus Geschichte und Erinnerungskultur

Das Bündnis bekennt sich zur historischen Verantwortung Deutschlands für die Shoah. Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Gegenwart und Grundlage dafür, Antisemitismus in all seinen Formen entschieden entgegenzutreten.

5. Demokratie und Rechtsstaat

Antisemitismus richtet sich immer auch gegen die Grundwerte von Demokratie und Rechtsstaat. Ihm entgegenzutreten bedeutet, unsere freiheitliche Ordnung zu verteidigen und die unveräußerlichen Rechte aller Menschen zu schützen.

6. Bildung und Prävention

Das Bündnis versteht Bildung, Aufklärung und Prävention als zentrale Mittel im Umgang mit Antisemitismus. Dies gilt besonders in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Multiplikator/innen, um langfristig eine offene und respektvolle Gesellschaft zu stärken.

7. Intersektionale Perspektive

Antisemitismus ist ein eigenständiges Phänomen, das nicht relativiert werden darf. Zugleich erkennt das Bündnis seine Verflechtung mit anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an und setzt auf gemeinsame Ansätze, die den Schutz aller Menschen fördern.

Ziele

Das Wuppertaler Bündnis gegen Antisemitismus setzt sich im Wesentlichen folgende Ziele:

- **Vernetzung und Unterstützung:** Institutionen, Organisationen und Personen, die sich gegen Antisemitismus engagieren, werden zusammengeführt. Kommunikative Strukturen für schnelle Reaktion und Solidarität werden gestärkt.
- **Sichtbarkeit jüdischen Lebens:** Jüdisches Leben in Wuppertal wird sichtbar gemacht. Die Vielfalt jüdischer Kultur ist Teil unserer Stadtgesellschaft.
- **Prävention und Sensibilisierung:** In die Stadtgesellschaft wird sensibilisierend und präventiv gegen Antisemitismus hineingewirkt.
- **Dokumentation und Analyse:** Antisemitische Vorfälle werden erfasst, dokumentiert und soweit erforderlich zur Strafanzeige gebracht. Ergebnisse dienen der Entwicklung wirksamer Präventionsmaßnahmen.
- **Bildung und Aufklärung:** Bildungsmaßnahmen und -programme insbesondere für Kinder und junge Menschen werden entworfen und unterstützt. Politische Bildung, historische Erinnerung und interkulturelle Verständigung werden gestärkt.

Schlussformel

Die Mitglieder des Wuppertaler Bündnisses gegen Antisemitismus haben sich zusammengeschlossen, um den schleichenden Entwicklungen, der Verschiebung des Sagbaren, den zunehmenden antisemitischen Attacken und der ansteigenden bedrohlichen Gewalt mit aller Kraft entgegenzuwirken. Damit bekräftigen wir den Anspruch, Wuppertal als eine weltoffene, demokratische und für alle Bürger/innen lebenswerte Stadt zu gestalten.